

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Nr. 32

spd Hannover, den 29. Oktober 1946

Auch Russland braucht Frieden

=====

P.R. Keiner der heute massgebenden Staatsmänner hat es in den letzten Monaten versäumt, sich gegen das Gerede von einem unvermeidbaren Krieg zu wenden. Aber das Misstrauen der Völker sitzt tief. Zu oft wurde vom Frieden gesprochen und gleichzeitig an der Kriegsvorbereitung gearbeitet. Vor allem ist dabei der Begriff "Sicherheit" immer wieder missbraucht worden, der auch heute wieder eine so grosse Rolle spielt. Man hat nicht vergessen, dass unter der Parole einer angeblich bedrohten deutschen Sicherheit auch Hitler seine Kriege vorbereitete. So stösst nicht allein im deutschen Volk, dessen aussenpolitische Vorstellungswelt noch stark von den Nachwirkungen nationalsozialistischer Propaganda beeinflusst ist, zum Beispiel die russische Sicherheitsforderung auf viel Misstrauen. Ist dieses Misstrauen gerechtfertigt?

Es ist nun einmal nicht zu bestreiten, dass im Laufe der vergangenen fünf Vierteljahrhunderte Russland fünfmal eine Aggression aus dem Westen abzuwehren hatte: gegen Napoleon, im Krimkrieg, im ersten Weltkrieg, nach diesem, als die Westmächte gegen das Sowjet-system intervenierten, und gegen Hitler. Solche Erfahrungen machen misstrauisch. Die Politik Moskaus geht also darauf aus, Russland mit Staaten von einer im russischen Sinne absoluten Zuverlässigkeit zu umgeben, eine Art "mittlere" Zone zu schaffen, im Gegensatz zu der inneren russischen Zone und der äusseren Zone konkurrierender Grossmächte.

Wenn man im Westen dieses Bemühen vielfach als eine Politik der Expansion ansieht, dann weist man in Moskau darauf hin, dass auch die englische und die amerikanische Aussenpolitik mit der Notwendigkeit weit vorgeschobener Aussenposten operieren, die von Grossbritannien bzw. den USA sogar oft durch Ozeane und Kontinente getrennt sind

Für Russland sind also die englischen und amerikanischen Positionen etwa in Westeuropa genau so Vorwerke der Macht wie die russische Stellung in Mittel- und Südosteuropa für die Westmächte. Unter diesem Gesichtspunkt werden z.B. auch die griechische und die Meerengenfrage von Moskau gewertet. Diese Auffassung erklärt denn auch zum guten Teil den russischen Willen, unter keinen Umständen Vorteile aus der Hand zu geben, die der Ausgang des Krieges mit sich gebracht hat. Dass diese russische Einstellung auf dem Grundirrtum eines Angriffs der Westmächte beruht, ist eine Sache für sich. In Wirklichkeit haben die Westmächte als echte Demokratien nach aller geschichtlichen Erfahrung keine Veranlassung zur Führung von Angriffskriegen - eine Form der Politik, die jedenfalls viel häufiger bei Diktaturen zu finden ist.

Eine Regierung, die einen fremden Angriff fürchtet, könnte auf den Gedanken kommen, dieser Entwicklung durch einen eigenen Vorstoß zuvorzukommen, wenn sie die Umstände für günstig hält. Aber auch dafür ist die Situation Russlands im Augenblick und wohl auch in absehbarer Zukunft nach menschlichem Ermessen ungeeignet. Schwerer als auf jedem anderen Lande der Siegergruppe hat der Krieg auf Russland gelastet, die Schäden sind noch nicht annähernd repariert. Die Produktionsziffern in allen wichtigen Industrierohstoffen, wie z.B. Kohle, Stahl und Petroleum - unerlässliche Voraussetzungen der modernen Kriegsführung - haben nach zuverlässigen Quellen noch lange nicht den russischen Höchststand wieder erreicht und sind zum Teil hoffnungslos weit von den entsprechenden englischen und amerikanischen Ziffern entfernt. Das Verkehrsnetz ist immer noch in derangiertem Zustand, die Folgen der deutschen Zerstörungen in dem wichtigsten Industriegebiet sind noch lange nicht behoben. Die unvergleichlich viel grössere industrielle Leistungsfähigkeit der Westmächte ist den Männern um Stalin gewiss kein Geheimnis. Andererseits braucht und wünscht das russische Volk den Frieden so nötig wie kein anderes. Und niemand kennt dieses russische Volk besser als Stalin. Er hat kürzlich vor aller Welt gesagt, er halte Kommunismus in einem Lande für durchaus möglich und er hat im Frühjahr dieses Jahres, bei allem Eintreten für eine Leistungssteigerung der Schwerindustrie auf lange Sicht, doch auch auffallend stark die "Pläne für die nächste Zukunft" betont, die darauf abzielen, die Rationierung zu beseitigen, die Verbrauchsgüter zu vermehren und dem Volke eine bessere Lebenshaltung zu geben.

Die Lebensformen des Sowjetsystems lehnt das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ab. Die Berliner Wahlen haben dafür

einen besonders überzeugenden Beweis erbracht. Es wäre mehr als töricht, weil sehr gefährlich, deshalb der russischen Aussenpolitik falsche Motive zu unterschieben, das deutsche Volk aber in einer Art neuer Angst-psychose gegenüber russischen Kriegsabsichten zu versetzen, wie das schon einmal der Nationalsozialismus tat, als er selbst den Ueberfall auf Russland vorbereitete. Eine amerikanische Zeitschrift schrieb neulich: "Der dreissigjährige Krieg ist in der Hauptsache deshalb geführt worden weil Katholiken und Protestanten überzeugt waren, dass sie nicht dauernd in einer Welt zusammen leben könnten. Der Versuch beider Konfessionen, die andere auszurotten, ist nicht gelungen und beide müssen heute in einer gemeinsamen christlichen Welt zusammenleben. Dies sollten sich alle diejenigen vor Augen halten, die da meinen, dass Demokratie und Kommunismus nicht dauernd nebeneinander existieren können".

Demokratenlager für Nazis

Wie der "Daily Herald" meldet, trägt man sich mit der Absicht, jene ehemals gefährlichen Nazis, die jetzt in Interniertenlagern in der britischen Besatzungszone festgesetzt sind, in besonderen Siedlungen unterzubringen, wo sie ihre ersten Lehrstunden in Demokratie erhalten sollen. Wo dieses gewaste, aber interessante Experiment durchgeführt, das heisst, in welchem Gebiete der britischen Zone diese Siedlungen errichtet werden sollen, wird bisher noch heimgelassen. Vorerst aber sind die Pläne für die Ansiedlung von 15.000 Internierten in Ausarbeitung, die mit ihren Frauen und Familien zusammenleben und die Siedlungen selbst verwalten sollen. Unter den vorgesehenen Umsiedlern befinden sich ehemalige Mitglieder der Gestapo, der SS und der SA. Wer jung und kräftig genug ist, soll für Bodenverbesserung arbeiten und andere Arbeiten von nationaler Bedeutung verrichten. Brigadier E.J.Paton Walsh der britische Vorsitzende der Viermächte-Kommission für Deutschland, der über den neuen Plan erstmals gelegentlich einer Besichtigung eines Interniertenlagers bei Recklinghausen Andeutungen machte, nannte die jetzigen Lager "Seelenzerstörer" und erklärte, man hoffe, kleine Siedlungen in einem weiten Gelände anlegen zu können, wo die Menschen "ein vernünftiges, menschliches Dasein" führen können. "Wir hoffen," so sagte der General abschliessend, "dreissig Prozent der Internierten als harmlose Menschen entlassen zu können".

b/2710/1/Blo/he

Einheitlicher Natur- und Wirtschaftsraum

Wesenszüge im Bilde des neuen Landes Niedersachsen

Das Wort Niedersachsen hat alten geschichtlichen Klang. Künftig wird es wieder als fester und gangbarer Begriff nicht nur in der politischen Verwaltung, in der Wirtschaftspraxis und im Kulturleben, sondern auch im Bewusstsein des einzelnen Staatsbürgers innerhalb und ausserhalb der niedersächsischen Grenze verankert sein.

In einem Gutachten, das Mitte September dem Zonenbeirat vorgelegt wurde, war die Notwendigkeit, ein Land Niedersachsen zu schaffen, sehr ausführlich und überzeugend begründet worden. Einige der wichtigsten Gesichtspunkte daraus seien hier wiedergegeben, denn es ist wichtig, diesem landschaftlichen Begriff ein möglichst klares Profil zu geben. Innerhalb der britischen Besatzungszone ist Niedersachsen durch seine zentrale Lage gekennzeichnet. Es ist Durchgangsland zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd und führt die Wirtschaftsvorgänge, die Verkehrswege und die kulturellen Strömungen vom rheinischen westfälischen Raum zu den Hansestädten und zur Ostsee, wie es auch zwischen Süddeutschland und den Nordseeländern vermittelt. Der von der Nordsee ausstrahlende ozeanische Einfluss ist in Wirtschaft, Kultur und sozialen Verhältnissen durch ganz Niedersachsen spürbar, Elbe (als nordöstlicher Grenzfluss), Weser und Ems bilden eine Art natürliches Gerüst. Die Militärregierung hatte schon 1945 das niedersächsische Gebiet für ihre besonderen Zwecke als "Hannover-Region" mit dem Hauptsitz in Hannover zusammengefasst und sich damit den im Raum gültigen wirtschaftlichen, kulturellen und soziologischen Kräften angepasst.

Der Beweis, dass der politische Zusammenschluss der Länder im niedersächsischen Raum notwendig ist, war eigentlich schon durch die Entwicklung der letzten fünfzig Jahre erbracht. Da nämlich die kleinstaatlichen Grenzen sich für Wirtschaft und Geistesleben so ausserordentlich störend und einengend bemerkbar machten, schlossen sich die Wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Kräfte in ganz Niedersachsen freiwillig zu Gemeinschaften oder Verbänden zusammen, die den ganzen Niedersachsensraum als ihr Tätigkeitsfeld wählten. Sie lösten sich damit frühzeitig von den dynastisch-kleinstaatlichen Vorstellungen und liessen davon auch nicht ab, als sie argwöhnisch von den Regierungsstellen und ihrer kleinstaatlichen Interessenten-Bürokratie Hemmungen und Erschwerungen aller Art erdulden mussten. Alle diese Gemeinschaften oder Verbände standen in einem bewussten Gegensatz zur bestehenden staatlichen Aufteilung des Wirtschaftsraumes Niedersachsen. Kennzeichnend sind z.B. die schon 1910 gegründete "Freiwillige Gemeinschaft der Arbeitsnachweise" in der Provinz Hannover, Oldenburg, Bremen, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und der Grafschaft Schaumburg, weiter die 1902 gegründete "Vereinigung Niedersächsischer Industrie- und Handelskammern", "Der Wirtschaftsbund Niedersachsen" und viele regionale Gewerkschaftsverbände, "Der Niedersächsische Heimatbund", "Die Verkehrsgemeinschaft Niedersachsen" und so fort.

Dass der Raum Niedersachsen kein theoretisches oder blutleeres Gebilde darstellt, erhellt daraus, dass das niedersächsische Wirtschaftsgebiet auch jetzt wieder nach Ueberwindung des Nationalsozialismus verwaltungsmässig als Einheit behandelt wurde, ehe es noch als Land konstituiert war. So haben die Gewerkschaften die Gründung eines "Sekretariats Niedersachsen" vollzogen, der altbewährte Verband der nieder-

sächsischen Industrie- und Handelskammern wurde wieder errichtet, das Landesarbeitsamt Niedersachsen trat für die Hannover-Region ins Leben, ein gemeinsames Oberfinanzpräsidium wurde geschaffen und schliesslich das Landeswirtschaftsamt Hannover zur "Wirtschaftsverwaltung Niedersachsen" ausgestaltet und der Militärregierung unmittelbar unterstellt. So ist Niedersachsen heute mehr denn je über längst vergangene historisch-dynastische Traditionen hinausgewachsen. Es fusst auf räumlichen und wirtschaftlichen und vor allem geistigen Grundlagen und Gesetzmässigkeiten, die nun auf ihren Erfordernissen einheitlichen staatlichen Ausdruck gefunden haben. Das Land wird eine Fläche von etwa 50.000 qkm mit einer 1939 gezählten Bevölkerung von rund 5 Millionen haben, zuzüglich von etwa 2 Millionen Evakuierten und Ostflüchtlingen.

m/1/2910/ B/he

Scharfe englische Selbstkritik

=====
 In ihrem Verhältnis zum deutschen Problem steht die britische Öffentlichkeit zur Zeit vorwiegend im Zeichen einer scharfen Kritik an den Massnahmen der für die Besetzungspraxis verantwortlichen britischen Stellen. Zur Information gehen wir Ihnen zwei besonders markante Beispiele hierfür:

Im "Economist" hiess es kürzlich u.a.:

"Ungefähr zur gleichen Zeit, da die britischen Behörden die Schliessung von fünf weiteren, der im Ruhrgebiet verbliebenen Stahlwerke wegen Kohlenmangels bekanntgeben mussten und kurz nachdem die "Times" einen in sehr mässigen Worten gehaltenen Artikel ihres Berliner Korrespondenten unter der Ueberschrift "Verschlechterung in Deutschland" veröffentlichten, erklärte Mr. Hynd stolz, die "Schlacht des Sommers" in Deutschland sei "gewonnen" worden. Seitdem hat er im Unterhaus ein noch erstaunlicheres Beispiel offizieller Schönfärberei all dessen gegeben, was auf der anderen Seite der Nordsee unehrerbietig als "Hyndquarters" bekannt sind. Als man ihn über die Unterbringung von Frauen britischer Besatzungssoldaten in Deutschland interpellierte, erklärte der Chancellor des Herzogtums von Lancaster, es sei Weisung ergangen, dass deutsche Familien erst dann aus ihren Wohnungen entfernt werden dürfen, wenn eine andere, passende Unterkunft für sie vorhanden sei. Unglücklicherweise liegt überwältigendes Beweismaterial vor, dass Mr. Hynds Erklärung in keiner Beziehung zur Wahrheit steht, und dass "die andere passende Unterkunft", von der im Zusammenhang mit der tatsächlichen Häuserbeschlagnahme in verwüsteten deutschen Städten die Rede war, eine Phrase von besonders abstossendem Humbug ist.

Mr. Hynd wird in seiner Partei wegen seiner eingehenden Kenntnis der deutschen Verhältnisse geschätzt und besitzt tiefes Verständnis für Probleme, die gelöst werden müssen. Bedauerlicherweise spielt er jedoch in der Parteiführung keine grosse Rolle und dazu kommt, dass er von einem unzulänglichen und zusammengewürfelten Stab umgeben ist und dass er ständig die Verantwortung für militärische und politische Entscheidungen zu übernehmen hat, über die er keine wirkliche Kontrolle hat. Seine Reaktion auf wachsende Schwierigkeiten besteht darin, Zuflucht in hochtrabende Versicherungen zu nehmen, alles sei in bester Ordnung. Dieser sehnsüchtige Optimismus und dieses Verschweigen unerfreulicher Tatsachen nimmt immer grössere Dimensionen an, wenn die britische Nation ist nicht nur für all das verantwortlich, was sich in der Zone Deutschlands tut, sondern wird auch die Konsequenzen

administrativer Fehlschläge oder unnötiger Grausamkeit zu tragen haben.

Die britische Rheinbesatzungsarmee befindet sich im Vergleich zu den im Nahen oder Fernen Osten stationierten Truppen in einer privilegierten Lage, denn sie können häufig Heimaturlaub nehmen. Unter den derzeitigen Verhältnissen erschreckender Ueberbevölkerung und Wohnungsnot in den Städten Nordwestdeutschlands, die durch den Zustrom aus dem Osten noch erhöht wird, gab es nie eine Rechtfertigung für den Transport britischer Familien nach Deutschland, für die nur durch höchst unbarmherzige und grausame Beschlagnahmungen Wohnraum geschaffen werden konnte.

S.D. Solon schreibt dazu im "News Chronicle":

In Deutschland breitet sich das Gefühl immer stärker aus, dass die Schlagworte von Demokratie, Freiheit und Zusammenarbeit, alles in allem nur Schall und Rauch sind - geschickte Propaganda sind, die man jederzeit ändern kann. Die grosse Streitmacht, die von den Alliierten aufgeboten wurde, um Deutschland auf die Knie zu zwingen, hat als Vermächtnis nur Nihilismus und den Glauben an die Macht zurückgelassen, der die Gedankenwelt und die Ethik einer Generation durchdrungen hat.

Im allgemeinen kann man feststellen, dass sich eine geschlagene und erschöpfte Bevölkerung versucht hat, anzupassen, aber nicht, weil sie einen neuen Glauben an eine bessere Lebensart gefunden hat, sondern einzig aus der Furcht vor dem heraus, was die Machthaber tun würden, würden sie sich anders verhalten. Die Maschinepistole an der Hüfte war der Haupterzieher in Deutschland und nicht die Flut von schönen Phrasen, die von den Verwaltern kamen. Denn während der Eroberer mit der Stimme der Demokratie sprach, waren seine Handlungen die Handlungen von Siegern, wie man sie überall und zu allen Zeiten beobachten konnte. Nach der Ansicht der meisten Deutschen ist die demokratische Ideologie nichts anderes als eine Maske des bekannten Machtvorrechts und Machtkultes einer anderen Meister-Rasse gewesen, die sich gewaltsam festgesetzt hat. Der Eroberer Deutschlands handelt in der Tat wie eine Herrenrasse - er befiehlt, beschlagnahmt, verschachert seine leicht erworbenen Zigaretten gegen hochwertige Dinge und - ja, kauft auch die Töchter des Besiegten auf dem Marktplatz, wie die Armeen Cäsars, Napoleons und Hitlers es ehemals gemacht hatten. Und all dies geschieht im Namen der Demokratie. Es wird noch immer in Deutschland geplündert, wenn auch in etwas verfeinerter Form.

Die Frauen alliierter Soldaten - es gibt hier keinerlei Unterschiede der Nationalität - überfluten die kleinen Vorräte deutscher Textilien, Kleider, Mäntel, Haus- sowie Luxusartikel aller Art wie Heuschreckenschwärme. In vielen Fällen, die ich selbst beobachtete, wurden kostbare Gewänder mit wenig Lebensmitteln, Seife oder Zigaretten "gekauft", die aus alliierten Quellen stammten. Zigarettenhändler in den USA inserieren den Versand zollfreier Zigaretten an jede Militäradresse. Tausende werden so nach Deutschland importiert, wo sie zum "Ankauf" von allen möglichen Artikeln, von Kleidern angefangen bis zu Kunstschätzen und Autos verwendet werden. In einem besonderen Falle erwarb ein einziger alliierter Soldat für 80.000 Mark wöchentlich (2.000 Pfund) Antiquitäten; das deutsche Geld erhielt er durch den Verkauf von Zigaretten. Das Vorrecht des Eroberers hat eine Handvoll Tabak in ein Vermögen verwandelt. Da in Momenten nervöser Spannung die Zigarette oft so wichtig ist wie Nahrung, ist der Deutsche dem Gentleman-Plünderer auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert.

Es ist unmöglich, herauszubekommen, auf welcher Basis Geld gedruckt und ausgegeben wird; und soweit ich im Bilde bin, gibt es nicht einen einzigen Deutschen, der sagen könnte, wieviel Geld sich in Umlauf befindet.

Statt durch eine Horde von Truppen und Beamtinnen kann Deutschland durch eine kleine Gruppe von sorgfältig ausgesuchten Inspektoren "kontrolliert" werden, deren Aufgabe lediglich darin bestünde, Richtlinien zu geben, während die Deutschen beginnen, sich selbst wieder zu regieren und ein neues Deutschland aufzubauen. Die koloniale Psychologie muss aufgegeben werden und wer in Deutschland die alliierten Völker vertritt - Völker, die alle durch ernste unruhige Zeiten in ihren eigenen Ländern gehen - dem muss klar gemacht werden, dass der Krieg nicht deshalb ausgefochten wurde, um ihnen eine leichte, bevorrechtete Stellung über die Besiegten zu verschaffen.

b/Blo/2910/1/he

Das älteste Gewerkschaftsmitglied der Welt

An dem grossen, alljährlichen Kongress der englischen Gewerkschaften, dem Kongress der Trade Union, nahm auch der 95jährige Charlie Bowerman teil, der im Auto von London nach Brighton kam. Charlie Bowerman, wohl das älteste Gewerkschaftsmitglied der Welt, war vor 45 Jahren Präsident des TUC und bekleidete von 1911 bis 1923 den Posten eines Generalsekretärs. Er war lange Jahre Mitglied des englischen Unterhauses, aus dem er erst als 90jähriger ausschied. Charlie Bowerman war als Ehrengast nach Brighton eingeladen worden.

b/Blo/2810/1/he

Heime für politisch Verfolgte

Baden-Baden - Mit der Eröffnung des Erholungsheimes Glotterbad im Schwarzwald bestehen nun in Südbaden drei Heime, die der Erholung für die Opfer des Nationalsozialismus dienen. Als erstes Heim wurde in Baden-Baden das Haus Rubens eröffnet, dann folgte das Emil-Kresse-Heim in Hinterzarten im Hochschwarzwald, und nun das Heim Glotterbad. Dieses wurde auf Grund einer Stiftung einer Wohltäterin errichtet, deren Bruder seinerzeit von der Gestapo ermordet worden war. Zum Andenken wurde die "Horst Andersen-Stiftung" errichtet, nach der in Laufe der nächsten 3 Jahre 1.000 Opfer des Nazisystems je vier Wochen kostenfreien Erholungsaufenthalts bekommen sollen. - Ähnlich ist auch das Emil-Kresse-Heim von Frau Käthe Kresse gestaltet, deren Mann 4 Jahre in dem berüchtigten Lager Gurs in Südfrankreich interniert war und dort starb. In Baden-Baden ist es Herr Rubens, der sein Haus den KZ-Opfern zur Verfügung stellte. Die Heime sind durchweg bestens eingerichtet, verpflegungsmässig sind sie den Krankenhäusern gleichgestellt. Das Emil-Kresse-Heim bekommt noch zusätzliche Versorgung durch die Süddeutsche Aerztehilfe der Centrale Sanitaire Suisse, der es unterstellt ist, und andere Schweizer Organisationen. Die drei Heime verfügen insgesamt über 50 Betten. Ihre Führung, ihre Lage in den landschaftlich schönsten Gebieten Badens gewährleisten den Gästen eine wirkliche, wohlverdiente Erholung.

b/Blo/2910/1/he